Berichtsvorlage
UwA/018/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Umwelt, Klima- und Naturschutz	07.10.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Luftreinhalteplanung und Maßnahmenscreening
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion und Ökologischen Fraktion (Grünliberale/ÖDP) vom 20.07.2026

Anlagen:
Bericht
Zeitstrahl
Antrag_Bionic Urban Trees_CSU_Ökologische Fraktion

Bericht:

Das Instrument des Luftreinhaltefahrplans im Zusammenhang der neuen EU-Richtlinie zur Luftqualität wird vorgestellt. Um die künftig geltenden Grenzwerte sicher einhalten zu können, sind angesichts der aktuellen Messwerte zusätzliche und intensivere Maßnahmen als bisher erforderlich. Die Methodik des Maßnahmenscreenings für den Luftreinhaltefahrplan wird erläutert.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

- ☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- ☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- ☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

☐ Ja | Die Luftreinhalteplanung betrifft alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐